

MUSTERWAHLORDNUNG (Stand: 02.06.2023)

§ 1 Festlegung Wahlbezirke

Auf der Grundlage der Wohngebietsgröße und der Wohngebietsstruktur richtet das landeseigene Wohnungsunternehmen Wahlbezirke zur Wahl des Mieterrats ein. Für mindestens 5.000 Mietwohnungen und höchstens 8.000 Mietwohnungen soll jeweils ein Mitglied des Mieterrates gewählt werden.

§ 2 Wahlkommission

(1) Es ist eine Wahlkommission zu bilden. Die Wahlkommission wählt aus ihrer Mitte eine/n Vorsitzende/n und eine/n Stellvertreter/in. Diese/r übernimmt während der Abwesenheit des/der Vorsitzenden den Vorsitz. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern nichts anderes in einer schriftlich niedergelegten Geschäftsordnung festgelegt ist. Die Wahlkommission ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Ist die Wahlkommission nicht beschlussfähig, tritt sie zu einem anderen Termin erneut zusammen.

(2) Die Wahlkommission besteht aus Mieter/innen des landeseigenen Wohnungsunternehmens. Pro Wahlbezirk sollen jeweils zwei Mieter/innen Mitglied der Wahlkommission sein. Zusätzlich werden von der Unternehmensleitung zwei Mitarbeiter/innen des landeseigenen Wohnungsunternehmens ohne Stimmrecht in die Wahlkommission entsandt. Mieter/innen, die Mitglied einer Wahlkommission sind, dürfen nicht für eine Mitgliedschaft im Mieterrat kandidieren.

(3) Die Wahlkommission ist für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl zum Mieterrat zuständig, insbesondere für

- die Prüfung der Bewerbungen und die Zulassung der Kandidat/inn/en zur Wahl,
- die Prüfung von Einsprüchen von Kandidat/inn/en gegen die Nichtzulassung,
- die Aufstellung der Stimmzettel/Wahllisten (je Wahlbezirk),
- die Auszählung der abgegebenen Stimmen,
- die Information der gewählten Mitglieder des Mieterrates über das Wahlergebnis sowie die Einholung der Erklärung der Gewählten zur Annahme der Wahl,
- die abschließende Feststellung des Wahlergebnisses je Wahlbezirk und im Unternehmen,
- die Entgegennahme von Beschwerden.

Beschwerden sind möglich bei Verstößen gegen wesentliche Vorschriften dieser Wahlordnung, wenn eine Berichtigung nicht erfolgt ist, es sei denn, dass durch den Verstoß das Wahlergebnis nicht geändert oder beeinflusst werden konnte. Beschwerdeberechtigt sind alle Wahlberechtigten. Beschwerden sind nur binnen einer Frist von zwei Wochen zulässig, gerechnet vom Tage der Feststellung des Wahlergebnisses an.

(4) Die Tätigkeit als Mitglied der Wahlkommission ist ein Ehrenamt. Die Mitglieder können zur Absicherung ihrer Tätigkeit eine angemessene und pauschalierte Aufwandsentschädigung durch das landeseigene Wohnungsunternehmen erhalten, die alle Aufwendungen der Mitarbeit abdeckt.

(5) Die Tätigkeit der Wahlkommission endet nach Konstituierung des Mieterrats und nach Erfüllung aller unter Punkt 3 genannten Aufgaben. Die Dokumentationsunterlagen zur Wahl, insbesondere die gültigen und ungültigen Stimmzettel und eine Niederschrift des Wahlergebnisses, werden zur Aufbewahrung bis zum Ende der Wahlperiode des jeweiligen Mieterrats der Unternehmensleitung des landeseigenen Wohnungsunternehmens übergeben.

(6) Die Mitglieder der Wahlkommission sind durch Unterzeichnung einer entsprechenden Erklärung zur Verschwiegenheit bezüglich ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit bekanntwerdenden vertraulichen Informationen und zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen gemäß der geltenden Rechtslage zu verpflichten.

§ 3 Wahlberechtigung und Wählbarkeit

(1) Wahlberechtigt sind natürliche Personen, die Hauptmieter/innen von Wohnungen im Eigenbestand des landeseigenen Wohnungsunternehmens in Berlin sind, die am Stichtag des Wahlaufs das 16. Lebensjahr vollendet haben. Für jede Wohnung kann nur eine Stimme abgegeben werden. Der Mietbeginn muss vor dem Stichtag des Wahlaufs liegen. Das Mietverhältnis darf zu diesem Stichtag nicht gekündigt sein (ausgenommen bei gleichzeitiger Neuvermietung einer Wohnung desselben landeseigenen Wohnungsunternehmens). Ein entsprechendes Wählerverzeichnis wird vom landeseigenen Wohnungsunternehmen geführt.

(2) Wählbar sind natürliche Personen, die Hauptmieter/innen von Wohnungen im Eigenbestand des landeseigenen Wohnungsunternehmens in Berlin sind und am Stichtag des Wahlaufs das 18. Lebensjahr vollendet haben. Das Mietverhältnis darf zum Stichtag des Wahlaufs nicht gekündigt sein (ausgenommen gleichzeitige Neuvermietung einer Wohnung im gleichen Wahlbezirk desselben landeseigenen Wohnungsunternehmens). Mieter/innen, die in der zum Zeitpunkt des Wahlaufs laufenden Wahlperiode mittels Schiedsspruch der bei der Wohnraumversorgung Berlin angesiedelten Schiedsstelle aus dem Mieterat ausgeschieden sind, können nicht zum Mitglied des Mieterates gewählt werden. Darüber hinaus können Mieter/innen, die zugleich Mitarbeiter/innen des entsprechenden landeseigenen Wohnungsunternehmens oder eines seiner Tochterunternehmen sind, nicht zum Mitglied des Mieterates gewählt werden.

(3) Bewerber/innen für den Mieterat müssen gesellschaftliche Funktionen sowie wirtschaftliche und persönliche Interessenkonflikte zum Zeitpunkt der Bewerbung offenlegen.

§ 4 Vorbereitung und Durchführung der Wahl

(1) Die Mitglieder des Mieterates werden mittels freier, geheimer und unmittelbarer Briefwahl gewählt. Ergänzend kann die Möglichkeit einer digitalen Stimmabgabe geschaffen werden. Der Wahl geht eine Aufstellung der Kandidat/inn/en voraus. Jede/r Mieter/in kann nur sich selbst zur Wahl stellen. Mitglieder von Mieterbeiräten sowie amtierende Mieteräte können für den Mieterat kandidieren.

(2) Die Unternehmensleitung informiert die Mieter/innen fünf Monate vor Ende der Amtszeit des aktuellen Mieterates anhand eines Wahlauftrufes umfassend über die bevorstehende Wahl und über die Aufgaben des Mieterates und wirbt insbesondere um Vorschläge zur Besetzung der Wahlkommission und um Bewerbungen als Kandidat/in für den Mieterat je Wahlbezirk. Das landeseigene Wohnungsunternehmen gibt den Kandidat/inn/en die Möglichkeit, sich im Rahmen von digitalen Formaten oder Veranstaltungen in Präsenz vorzustellen. Ergänzend können weitere Formen der Information genutzt werden.

(3) Die Bewerber/innen geben ihre Kandidatur innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe des Wahlauftrufes unter Angabe von Familienname, Vorname, Alter und Wohnanschrift sowie zur Motivation für die Kandidatur bekannt. Angaben zum ausgeübten Beruf und ehrenamtlichen Aktivitäten können ergänzt werden. Die Bewerbung zur Kandidatur ist postalisch oder mittels online-Verfahren möglich. Die Zustimmung der Bewerber/innen zur Kandidatur und Verwendung der angegebenen Daten für die Zwecke der Durchführung der Wahl, auch zu deren Veröffentlichung, ist beizufügen. Im Fall der postalischen Bewerbung zur Kandidatur ist die Zustimmung durch eigenhändige Unterschrift zu bestätigen. Eingereichte Textteile, die gegen das Diskriminierungsverbot gem. § 2 LADG verstoßen, werden nicht veröffentlicht. Entsprechend überarbeitete Texte werden mit einem Hinweis auf

vorgenommene Streichungen sowie deren Begründung kenntlich gemacht. Zusätzlich ist eine Erklärung der Bewerber/innen zu gesellschaftlichen Funktionen sowie wirtschaftlichen, auch persönlichen, Interessenkonflikten beizufügen.

(4) Ungültig sind Bewerbungen,

- die nicht fristgerecht eingereicht worden sind,
- die unvollständige Bewerberdaten gemäß § 4 (3) enthalten,
- die im Falle einer schriftlichen Bewerbung nicht eigenhändig von dem/der Kandidaten/in unterschrieben sind,
- wenn die Zustimmung der Bewerber/innen zur Verwendung ihrer personenbezogenen Daten zu Zwecken der Durchführung der Wahl nicht vorliegt,
- wenn die Bewerber/innen nicht die Wählbarkeit nach § 3 (2) Wahlordnung aufweisen oder
- wenn die Erklärung der Bewerber/innen zu gesellschaftlichen Funktionen sowie wirtschaftlichen, auch persönlichen, Interessenkonflikten nicht vorliegt.

(5) Das Unternehmen legt innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf der Bewerbungsfrist der Wahlkommission eine Liste der eingegangenen Bewerbungen vor. Aus dieser gehen die Voraussetzungen für die Zulassung oder Nichtzulassung gemäß den Kriterien nach § 3 (2) und § 4 (4) hervor. Die Wahlkommission informiert die Bewerber/innen schriftlich über das Ergebnis der Prüfung. Im Falle der Nichtzulassung von Bewerber/innen wird diese begründet. Gegen die Nichtzulassung kann innerhalb von einer Woche nach Zugang der Begründung Beschwerde eingelegt werden, die Nachprüfung erfolgt innerhalb von zwei Wochen nach Eingang der Beschwerde.

(6) Auf Basis der zugelassenen Bewerbungen erstellt die Wahlkommission innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf der letzten Widerspruchsfrist eine Liste der Kandidat/inn/en. Das Unternehmen stellt den Mieter/innen je Wahlbezirk die als solche deutlich gekennzeichneten Briefwahlunterlagen mit Wahlliste, Stimmzettel, Erläuterungen zur Stimmabgabe und Umschlag für die Rücksendung der Briefwahlunterlagen zu. Die Wahlkommission legt einen Stichtag für den Eingang der Wahlunterlagen beim Unternehmen fest. Die Frist zur Stimmabgabe soll vier Wochen nicht unterschreiten. Die Briefumschläge mit den Stimmzetteln müssen verschlossen zurückgesandt oder abgegeben werden.

(7) Die Wahlkommission legt einen Termin für die öffentliche Auszählung fest, bei der die Briefumschläge mit den Stimmzetteln geöffnet werden. Dieser Termin erfolgt spätestens eine Woche nach Fristablauf für den Eingang beim Unternehmen. Die gültigen Stimmzettel werden ausgezählt, die Anzahl ungültiger Stimmzettel festgestellt und das Wahlergebnis in einer Niederschrift der Wahlkommission festgehalten.

Ungültig sind Stimmzettel,

- die nicht oder nicht allein in dem Stimmzettelumschlag abgegeben worden sind,
- die nicht mit dem Stimmzettel identisch sind, der den Wahlberechtigten zugestellt wurde,
- aus denen der Wille des Abstimmenden nicht eindeutig erkennbar ist,
- die mit Zusätzen oder Vorbehalten versehen sind,
- die nach Ablauf der Rücksendefrist eingehen oder
- wenn mehrere Stimmzettel für eine Wohnung eingegangen sind. In diesem Falle sind diese alle ungültig.

Die Ungültigkeit von Stimmzetteln stellt die Wahlkommission durch Beschluss fest. Das Wahlergebnis wird nach abschließender Feststellung je Wahlbezirk und für das landeseigene Wohnungsunternehmen insgesamt der Mieterschaft bekannt gegeben (z.B. Online-Auftritt, Mieterzeitung, Aushänge).

(8) Zu Mitgliedern des Mieterrats werden die Kandidat/inn/en, die je Wahlbezirk die meisten Stimmen auf sich vereinigen und ihre Wahl annehmen. Bei Stimmgleichheit innerhalb eines Wahlbezirks entscheidet das Los. Ein erforderliches Losverfahren wird unmittelbar nach Feststellung des Wahlergebnisses durchgeführt und

dokumentiert. Die Kandidat/inn/en, die bei der Wahl über die Anzahl der zu wählenden Mitglieder des Mieterrats hinaus ebenfalls gültige Stimmen auf sich vereinen konnten, sind nach der Anzahl ihrer Stimmen Nachrückende für den jeweiligen Wahlbezirk.

(9) Die Wahl eines Mitglieds in den Mieterrat setzt voraus, dass sich mindestens fünf Prozent der Mieter/innen (maßgebend ist der Stichtag des Wahlaufs) des entsprechenden Wahlbezirkes an der Wahl beteiligen. Das landeseigene Wohnungsunternehmen nutzt die Mittel der Öffentlichkeitsarbeit, um eine ausreichende Zahl von Kandidat/inn/en zu einer Kandidatur für den Mieterrat zu gewinnen und eine hohe Beteiligung seiner Mieterschaft an der Wahl zu erreichen.

(10) Die Wahl zum Mieterrat ist nur dann gültig, wenn mindestens in der Hälfte aller Wahlbezirke jeweils ein Mitglied des Mieterrates gültig gewählt werden konnte. Andernfalls ist die Wahl zu wiederholen.

(11) Die gewählten Kandidat/inn/en müssen innerhalb von zwei Wochen nach der öffentlichen Auszählung erklären, dass sie die Wahl annehmen. Hierzu werden sie nach der Feststellung des Wahlergebnisses durch die Wahlkommission schriftlich über ihre Wahl informiert. Sie müssen die Wahl schriftlich annehmen, die der Tätigkeit des Mieterrates zugrundeliegende Satzung anerkennen und eine Verschwiegenheitsklärung bezüglich der ihnen als Mitglied des Mieterrats bekanntwerdenden vertraulichen Informationen unterzeichnen. Erst mit Erfüllung dieser Voraussetzungen gilt ihre Wahl als erfolgt. Dies gilt für Nachrückende analog.

(12) Die Wahlkommission lädt die Mitglieder des Mieterrats unter Bekanntgabe einer Tagesordnung zu einer konstituierenden Sitzung ein, auf der ein/e Vorsitzende/r des Mieterrats und deren/dessen Stellvertreter/in gewählt werden.